Wittgensteiner Zeitung

Die „Wittgensteiner Zeitung" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark / Postscheckkonto 404 49 Köln Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt"

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg. Familien- und Kleine Anzeigen . . . . 8 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. :-: Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif :-:

Nummer 43 — Fernsprecher Nr. 1 — Laasphe, Mittwoch den 20. Februar 1929 — 54. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Anläßlich der Unterzeichnung des deutsch-persischen Freundschaftsvertrages fand zwischen dem Reichspräsidenten und dem Schah von Persien ein Telegrammwechsel statt.

— Der vom Pariser Sachverständigenausschuß eingesetzte Unterausschuß, der aus Reichsbankpräsident Dr. Schacht und dem englischen Delegierten Stamp besteht, soll sich neben der Frage der deutschen Zahlungs- und Handelsbilanz auch mit der Zahl und Höhe der deutschen Jahreszahlungen beschäftigen.

— Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist am Samstag im Prager Außenministerium eine Vereinbarung über das tschechische Pachtgebiet in den Häfen von Hamburg und Stettin unterzeichnet worden.

— Zur Eröffnung der britischen Messe hielten der Prinz von Wales, der Ministerpräsident Baldwin und der Kolonialminister Amery Reden. Der Ministerpräsident äußerte sich hoffnungsvoll über die Entwicklung der zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen unter den Völkern.

— Englische Zeitungsmeldungen halten daran fest, daß eine internationale Konferenz zur Einschränkung der Seerüstungen für Anfang 1930 einberufen werden könne.

— In Erwartung der bevorstehenden Räumung Schantungs durch die Japaner haben sich unter den chinesischen Truppen der Marschälle Feng und Tschiang Kai schek im westlichen Teil der Halbinsel Scharmützel entwickelt.

Was will das Arbeitsschutzgesetz?

Das jetzt vom Reichstag in Beratung genommene Arbeitsschutzgesetz gehört ohne Zweifel zu den schwierigsten sozialpolitischen Gesetzen, die im Reichstag überhaupt zur Beratung gestanden haben. Wahrscheinlich ist es sogar leichter gewesen, das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu verabschieden, obgleich auch bei diesem Gesetz lange Arbeit erforderlich war. Endgültige Regelung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe, des Ladenschlusses, Arbeitsaussicht, erhöhter Schutz für jugendliche und weibliche Arbeitnehmer kennzeichnen schlagwortartig einige der Probleme, die bei der Gesetzesgestaltung nicht leicht zu lösen sind. Natürlich hängt mit den Kernproblemen des Arbeitsschutzgesetzes und der endgültigen Regelung der Arbeitszeit auch sehr eng die Frage des Washingtoner Abkommens zusammen. All das zeigt, daß es langer und eingehender Arbeit bedarf, um das Gesetz so zu gestalten, daß es den wirklichen Bedürfnissen des praktischen Lebens angepaßt wird.

Ein Blick in die Reichstagsdrucksache selbst zeigt, wieviel Schwierigkeiten schon überwunden werden mußten, um den Entwurf zur Verabschiedung zu bringen. Auf 295 Druckseiten ist das Gesetz mit 73 Paragraphen mit Begründung und zahlreichen Anlagen erläutert. Insgesamt gliedert es sich in sieben Abschnitte. Der erste Abschnitt bringt allgemeine Vorschriften über den Geltungsbereich und den Begriff des Arbeitnehmers, der zweite beschäftigt sich mit Betriebsgefahren, der dritte und zweifellos wichtigste bringt die neuen Vorschriften über die Arbeitszeit. Er ist wieder in vier Unterabschnitte geteilt, von denen der erste die allgemeinen Vorschriften über Arbeitszeit bringt, regelmäßige Arbeitszeit, Arbeitsbereitschaft, Mehrarbeit, außergewöhnliche Fälle, während der zweite sich mit dem erhöhten Schutz für jugendliche und weibliche Arbeitnehmer beschäftigt, die Nachtarbeit, Arbeitsfreizeiten, Ruhepausen, Mutterschutz und Kinderschutz regelt, schließlich ein Unterabschnitt die Vorschriften über die Durchführung der Arbeitszeit. Das Gesetz selbst behandelt dann in weiteren Abschnitten die Sonntagsruhe, den Ladenschluß, die Frage der Arbeitsschutzbehörden und schließlich die Ausführungs- und Ueberlieferungsvorschriften. Nicht geregelt ist in dem Gesetz der Heimarbeiterschutz, die Urlaubsfrage der Jugendlichen. Wohl sieht der Entwurf Beschränkungen des Geltungsbereichs des Gesetzes vor, so z. B. für Land- und Forstwirtschaft, Seeschiffahrt, Luftfahrt, Hauswirtschaft, für das Personal in Heimen, Kranken- und Pflegeanstalten, für die Angehörigen der Berufsfeuerwehren und für den Bergbau unter Tage. Zu letzterem bemerkt die Begründung, daß ein besonderes Bergarbeitsgesetz vorgelegt werden soll. Die Vorlage soll in allernächster Zeit erfolgen und das Gesetz soll gleichzeitig mit dem Arbeitsschutzgesetz in Kraft treten.

Es würde zu weit führen, wollten wir im jetzigen Stadium schon zu den Einzelheiten des Gesetzes kritisch Stellung nehmen. Unmöglich wäre es aber, angesichts der schweren wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland befindet, ein Gesetz zu schaffen, dessen Bestimmungen die erforderliche wirtschaftliche Bewegungsfreiheit so beschränkt, daß letzten Endes dadurch auch Nachteile für die Arbeitnehmerschaft selbst entstehen müssen. Wir halten es auch nicht für wünschenswert, daß alle Groß- und Kleinbetriebe schematisch gleichmäßig behandelt werden. Hier bestehen natürlich Unterschiede, die bei der Gesetzesgestaltung selbst ernsthaft berücksichtigt werden müssen. Insbesondere halten wir die vom Reichsrat eingeführte Aenderung, wonach bei kleinen Betrieben (Betrieben unter fünf Arbeitnehmern) eine Ueberschreitung der sonst gesetzlich gültigen Arbeitszeit zuzulassen ist, für sehr wichtig und möchten wünschen, daß sie zum Ausgangspunkt einer wirklich vernünftigen Fassung gemacht werden.

Angesichts all der Schwierigkeiten, die bei der Beratung dieses Gesetzes zu erwarten sind, wäre es falsch, die Beratung etwa zu überstürzen. Insbesondere halten wir es nicht für wünschenswert, diese Beratung zu einem Zeitpunkt durchzuführen, in dem nicht völlig geklärte Regierungsverhältnisse im Reichstag vorhanden sind. Sonst entsteht sofort die Gefahr, daß die einzelnen Parteien mit populären Anträgen Agitation treiben statt sachliche Arbeit zu leisten.

Polnische Angriffe gegen Deutschland

Ulitz zu Unrecht verhaftet.

Das Organ der polnischen Sozialisten, „Gazeta Robotnicze", beschäftigt sich mit der Auflösung des schlesischen Sejms und kommt zu der Feststellung, **daß im Augenblick der Verhaftung von Ulitz der schlesische Sejm noch bestanden habe und eigentlich auch heute noch bestehe. Die Auflösung sei auf Grund einer Verfügung des Staatspräsidenten erfolgt, die Rechtsgültigkeit erhalte, sobald sie im polnischen Reichsgesetzblatt, im „Monitor Polski", veröffentlicht sei. Bisher sei aber eine derartige Verfügung weder veröffentlicht worden,** noch hätten die Abgeordneten einen schriftlichen oder sonstigen amtlichen Bescheid erhalten. Demnach sei die Verhaftung unrechtmäßig erfolgt. Das Blatt macht noch darauf aufmerksam, daß für die Freiheitsberaubung Gefängnisstrafe in Aussicht stehe und man gespannt sein dürfe, wie dieser Fall ausgelegt werden würde.

Ein scharfer polnischer Ausfall gegen die deutsche Minderheitenpolitik.

„A B C" beschäftigt sich in einem Leitartikel sehr eingehend mit der angeblichen Absicht Dr. Stresemanns, den Völkerbund in eine Aussprache über die Umgestaltung derjenigen Staaten, die nationale Minderheiten aufwiesen, hineinzuziehen. Was Polen anbelange, so würde das die Autonomie für die Ukrainer und Weißrussen und vielleicht sogar für die Deutschen, Litauer und Juden bedeuten. Tatsächlich wisse Dr. Stresemann jedoch sehr gut, daß sich der Völkerbund gar nicht in die inneren Verhältnisse eines Landes einmischen und noch viel weniger, ihm die Staatsform vorschreiben könne. Seinem Plane liege eine schurkische Idee zugrunde. **Es gehe ihm darum, in die Minderheitenbevölkerung der an Deutschland angrenzenden Staaten eine Gärung hineinzutragen, separatistische Bestrebungen hervorzurufen und zu fördern, sowie in der Bevölkerung den Glauben zu erwecken, daß Deutschland der einzige wahre Verteidiger ihrer Rechte sei.** Wie sich die Sowjetregierung des Schlagwortes von der Diktatur des Proletariats bediene, um die Arbeiterschaft fremder Staaten gegen ihre Obrigkeit aufzuputschen, so versuche Deutschland aus der Minderheitenfrage eine Waffe zu schmieden, mit der in Genf auf diplomatischem und in anderen Ländern auf revolutionärem Wege ein Vernichtungskampf gekämpft werden solle. Da sich aber die kriegerischen Pläne des imperialistischen Deutschlands gegen den Osten richteten, so wolle man die Minderheitenfrage in erster Linie gegen Polen und die Tschechoslowakei ausnützen. Stresemann brauche für die Märztagung des Völkerbundes Material gegen Polen und werde sich zweifellos auf die staatsfeindlichen Jeremiaden und Erklärungen der ukrainischen Abgeordneten im polnischen Sejm berufen. Das Vorgehen der Ukrainer sei aber von Berlin aus bestellt worden. Zum Glück sei es nicht schwer, das perfide Spiel Deutschlands zu enthüllen, da die Tatsachen und Zahlen für Polen sprächen. Die Deutschen in Polen hätten alles erhalten, was der Staat ihnen geben könne, während die polnische Minderheit in Deutschland nach wie vor dem Terror der preußischen Behörden ausgeliefert sei. Schließlich sei es leicht nachzuweisen, welche Rolle die mit deutschem Geld ausgestatteten deutschen und ukrainischen Verbände in Polen spielten. Für die Entlarvung des gegen Polen gerichteten perfiden und unehrlichen Spiels der deutschen sozialdemokratischen Regierung sei somit genügend Material vorhanden. Man müsse es nur richtig anwenden und sich nicht nur verteidigen, sondern zum Angriff übergehen, um der Welt über die Rolle der deutschen Brandstifter im Osten Europas die Augen zu öffnen.

Das Zentrum wartet ab.

Neue Koalitionsverhandlungen?

Zu dem Gerücht, daß eine Fühlungnahme zwischen Dr. Stresemann und Dr. Kaas vorgesehen ist, schreibt die „Germania", es sei bemerkenswert, daß Dr. Stresemann eine Sitzung der volksparteilichen Landtagsfraktion besucht habe und dort in längeren Ausführungen zu der koalitionspolitischen Lage im Reich und in Preußen Stellung genommen habe. Was nun im Hinblick auf diese Vorgänge die Haltung des Zentrums betreffe, so habe es keinerlei Neigung, irgendwie die Initiative zu neuen Koalitionsbesprechungen zu ergreifen. **Wenn auf der anderen Seite das Bedürfnis nach einer Fühlungnahme vorhanden sein sollte, so würde sich das Zentrum Anfragen nicht verschließen.** Falls es in den nächsten Tagen zu einer Fühlungnahme maßgebender Persönlichkeiten kommen sollte, die sicher nicht vom Zentrum ausgehe, so würde es jedoch falsch sein, in ihr neue Verhandlungen zu erblicken. Von Verhandlungen könne erst dann die Rede sein, wenn die Zentrumsfraktion des Reichstages, deren Haltung bekannt sei, einen dahingehenden Beschluß gefaßt haben werde. Nach der „Voss. Ztg." haben bisher nur unverbindliche Besprechungen zwischen Breitscheid und Dr. Kaas stattgefunden.

Trotzki will nach Deutschland.

Ein Telegramm Trotzkis an den Reichstagspräsidenten Löbe.

Reichstagspräsident Löbe hat folgendes Telegramm erhalten:

„Pera, den 18. Februar 1929. Mich auf Ihre Erinnerungsansprache im Reichstage am 6. Februar berufend, ersuche ich das hiesige deutsche Konsulat um betreffende Bewilligung. Leo Trotzki."

Der Reichstagspräsident hat diese Bitte befürwortend an das Reichskabinett weitergegeben.

Die in dem Telegramm erwähnte Erinnerungsansprache des Reichstagspräsidenten bezog sich auf die Wiederkehr des zehnten Jahrestages der Eröffnung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Darin antwortete Löbe auf Zwischenrufe von den Kommunisten: **„Wir haben Ihnen und den anderen erst die staatsbürgerlichen Rechte gegeben, vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trotzki in Deutschland ein freiheitliches Asyl zu gewähren."**

Reichskabinett und Trotzki-Telegramm.

Das Reichskabinett wird zunächst einmal den Bericht des deutschen Konsulats, der in dem beim Reichstagspräsidenten Löbe eingegangenen Telegramm Trotzkis angekündigt worden ist, abwarten. **Das Reichskabinett braucht selbstverständlich, wenn es sich mit der Frage einer Aufenthaltsgenehmigung für Trotzki befassen will, amtliche Unterlagen, die noch nicht eingetroffen sein können.**

Amtliche Bekanntgabe der Ausweisung Trotzkis.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Trotzki auf Grund eines in einer besonderen Sitzung der G. P. U. gefaßten Beschlusses **wegen seiner sowjetfeindlichen Tätigkeit aus der Sowjetunion ausgewiesen worden.** Auf seinen eigenen Wunsch ist gleichzeitig seine Familie mit ihm abgereist.

Um die persische Oberhoheit.

Der persisch-englische Streit.

Der persische Außenminister Pakrevan übermittelt dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Weiterleitung an sämtliche Mitgliedsstaaten des Bundes ein von ihm an den englischen Gesandten in Teheran, Oldive, gerichtetes Schreiben, in dem unter ausdrücklicher Androhung von Gegenmaßnahmen in ungewöhnlich scharfem Tone gegen das Vorgehen der englischen Behörden Einspruch erhoben wird, die neuerdings von den persischen Staatsangehörigen, die nach den im Persischen Golf gelegenen Barein-Inseln reisen, die Pässe verlangen. **Es handelt sich hier offenbar um einen neuen Abschnitt des schon jahrelang bestehenden persisch-englischen Streites um die Oberhoheit über diese Inseln, die gegenwärtig englisches Einflußgebiet sind.** In dem Schreiben wird nachdrücklichst auf die unbestreitbaren Rechte Persiens auf die Inseln hingewiesen und die englische Regierung gewarnt, ihre Maßregeln aufrecht zu erhalten.

„Das Schauspiel."

Gegen die Fortsetzung der Rheinlandbesetzung.

„Observer" führt aus: Die Reparationssachverständigen haben ihre Arbeit auf rein finanzielle Fragen beschränkt und haben sich bisher nicht von politischen Einflüssen ablenken lassen. Es wird beispielsweise unmöglich sein, eine übereinkommende Lösung mit Deutschland zu finden, wenn nicht die vormaligen alliierten Regierungen willens sind, ihre rücksichtslos fortgesetzte Rheinlandbesetzung aufzugeben. Durch ihre Weigerung, das Rheinland zu räumen, haben die französische und die britische Regierung ihre eigenen Beteuerungen in Locarno Lügen gestraft. Sie haben aber noch schlimmer gehandelt. Sie haben die Völkerbundssatzung selbst zum Gespött gemacht.

Das Schauspiel, daß zwei hervorragende Mitglieder des Völkerbundes weiterhin durch Truppen das Gebiet eines dritten Mitgliedes besetzt halten, würde an sich schon genügen, um alles zu sagen, was je über Genf gesagt worden ist.

Die Aegyptenfahrt des „Graf Zeppelin".

Eine Erklärung Dr. Eckeners.

Zu der Meldung, daß die Aegyptenfahrt des „Graf Zeppelin" nicht stattfinden könne, weil sie der britischen Regierung nicht erwünscht sei, erklärt Dr. Eckener in mehreren amerikanischen Blättern wörtlich: „Meine Kenntnis des gemeldeten angeblichen Vorgangs beschränkt sich auf das, was die Zeitungen darüber sagen. Wir haben natürlich schon vor einigen Wochen ordnungsgemäß und bestimmungsgemäß beim Reichsverkehrsministerium darum gebeten, für uns [illegible] melle Erlaubnis zur Ueberfliegung Aegyptens [illegible] anderer Länder, die wir berühren wollten, zu

wir haben bisher noch keine amtliche Antwort auf unser Gesuch erhalten. Ich möchte aber ohne weiteres annehmen, daß die fraglichen Zeitungsmeldungen den Tatsachen nicht entsprechen.

Natürlich ist es mir nie in den Sinn gekommen, daß die englische Regierung, wenn diese und nicht vielmehr die ägyptische befragt werden mußte, je einer einfachen Vergnügungsfahrt des „Graf Zeppelin" über ägyptisches Gebiet irgend eine Schwierigkeit in den Weg legen und nicht vielmehr im sportlichen und kulturellen Interesse eine solche Fahrt, ähnlich wie seinerzeit Amerika, auf das freudigste begrüßen und fördern würde. Ich kann mir deshalb auch nicht vorstellen, daß unsere Regierung geglaubt habe, erst unter der Hand vorfühlen zu müssen, ob die geplante Fahrt auch genehm sei. **Denn wir können doch nicht bei jedem harmlosesten Schritt, den wir tun wollen, uns erst überängstlich fragen, ob wir vielleicht damit nicht bei irgend einem weltfremden Querkopf Verstimmung erregen. Ich vermute deshalb, daß es sich bei der Sache um ein Mißverständnis handelt, das sich bald befriedigend aufklären wird."**

Forderungen der spanischen Offiziere.

Sondersitzung des spanischen Kabinetts.

Wie von der französisch-spanischen Grenze berichtet wird, sind in Madrid zwei weitere hohe Offiziere verhaftet worden. Das spanische Kabinett hat sich in einer Sondersitzung mit der Lage befaßt. Wie verlautet, ist die Einberufung der Sitzung auf Telegramme von Artillerieoffizieren aus dem ganzen Lande zurückzuführen, in denen sie die Forderung ihrer Kameraden in Ciudad Real und Valencia nach einer allgemeinen politischen Amnestie unterstützten.

Der Ministerrat hat gleichzeitig die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes beschlossen, die heute durch den König erfolgen wird.

Doch Amnestie in Spanien?

Die Gerüchte über eine ernstliche Trübung des Verhältnisses zwischen dem König und Primo de Rivera und eine Regierungsumbildung wollen nicht verstummen. Man rechnet zwar nicht damit, daß der Ministerrat eine Lösung bringt, meint aber, daß die Regierung noch 6—8 Wochen im Amt bleiben wird, bis sich die innere Lage gefestigt hat.

Man erwartet, daß im Ministerrat endgültig über eine Amnestie anläßlich des Todes der Königinmutter Beschluß gefaßt wird.

Die Lage in Afghanistan.

Habib Ullahs Gefolgschaft angeblich im Wachsen.

In Peschawar eingegangene Berichte sprechen davon, daß die Gefolgschaft Habib Ullahs unter den Stämmen im Wachsen begriffen sei. Dies solle darauf zurückzuführen sein, daß er verschiedenen Stämmen die von Aman Ullah eingezogenen Regierungssubsidien wieder habe zukommen lassen. Auch die Stämme, die Ali Achmed bis zu seiner letzten Niederlage unterstützt hatten, sollen nun Habib Ullah ihre Gefolgschaft angeboten haben.

Die Kleinrentnerfürsorge im Reichstag.

Berlin, 20. Februar.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 15 Uhr. Die Beratung der Anträge über die Kleinrentnerfürsorge wird fortgesetzt.

Abg. Frau **Ahrendsee** (Komm.) beantragt, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und in den kommenden Etat zunächst 100 Millionen für die Kleinrentnerfürsorge einzusetzen.

Als der Präsident die Rednerin darauf aufmerksam machte, daß sie ihre Redezeit bereits um mehrere Minuten überschritten habe, ertönte von den Kommunisten der Zuruf: „Hausknecht!" Der Präsident ersuchte den Abgeordneten, der diesen Zuruf gemacht hat, sich zu melden; es meldete sich aber niemand. Sozialdemokraten rufen den Kommunisten „Feiglinge" zu.

Abg. **Beier**-Dresden (Wirtschp.) erklärte, auch die bürgerliche Regierung des Jahres 1925 habe viele Tausende von Kleinrentnern an ihrem Elend sterben lassen. Die Kleinrentner seien den Kriegsbeschädigten gleichzustellen, denn sie hatten dem Reiche alles gegeben. Der Redner erkannte an, daß das Reich die nötigen Mittel nicht habe.

Abg. **Schwarzer** (Bayer. Vp.) vermißte bei der Wirtschaftspartei praktische Vorschläge. Leider sei bei der gegenwärtigen Finanzlage ein sozial gerechtes Kleinrentnerversorgungs-Gesetz nicht durchführbar.

Abg. **Stöhr** (Natsoz.) ist der Auffassung, daß von diesem Reichstag eine Hilfe für die Kleinrentner nicht zu erwarten sei.

Abg. **Kling** (Dtsche. Bauernp.) forderte Herausnahme der Kleinrentner aus der Fürsorge, die einer Armenunterstützung gleichkomme.

Abg. **Arlelt** (Dtsch.-Hann.) stimmte der Ausschußentschließung zu.

Abg. Dr. **Best** (Volksrechtsp.) trat für die Begründung eines Rechtsanspruchs der Rentner ein.

Abg. Dr. **Rademacher** (Dntl.) betonte, daß seine Partei bei dieser Frage alles Parteipolitische zurückstelle. Entschieden weist der Redner die Behauptung zurück, daß die Aufwertungsgesetzgebung von 1925 die Verarmung der Kleinrentner herbeigeführt habe. Die Verelendung der Rentner liege in der Inflation begründet.

Abg. **Esser** (Ztr.) gab seinem Bedauern über diesen Ausklang der Debatte Ausdruck. Der frühere Minister von Schlieben habe nichts für die Kleinrentner getan. Was bisher geschehen sei, sei das Verdienst des Ministers Dr. Brauns.

Abg. **Tantzen** (Dem.) wies eine Behauptung des Abg. Schwarzer zurück, die demokratischen Minister im Kabinett seien gegen ein Rentnerversorgungsgesetz. Da Abg. **Keil** (Soz.) das Wort erhält, ruft. Abg. **Jaddasch** (Komm.): „Schiebung". Präsident Löbe ruft den Abg. Jaddasch zur Ordnung und erklärt, er werde ihn bei Wiederholung solcher unberechtigten Vorwürfe aus dem Saale weisen.

Abg. **Keil** (Soz.) fortfahrend: Jedes Kind wisse doch, daß die Inflation die Folge der Pumppolitik des deutschnationalen Finanzministers Helfferich im Kriege gewesen sei. Der Rest des Volksvermögens sei im Ruhrkrieg zertrümmert worden, an dem die Deutschnationalen nicht unschuldig waren. (Großer Lärm und Pfui-Rufe bei den Deutschnationalen.)

Die **Wirtschaftspartei** hat inzwischen eine Entschließung eingebracht, in der ein Gesetzentwurf gefordert wird, wonach die über 12 000 Mark hinausgehenden Pensionsbeträge für die Kleinrentner verwendet werden.

Bei der Abstimmung wurde die Entschließung der Wirtschaftspartei über die Vorlegung eines Pensions-Kürzungsgesetzes mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die deutschnationale Entschließung über die Vorlegung eines Rentnerversorgungsgesetzes bis zum 30. April wird abgelehnt.

Der sozialdemokratische Zusatzantrag zu der Entschließung der DVP., der die Erhebung einer Sonderabgabe von den durch die Inflation geretteten Vermögen verlangt wird, mit 181 gegen 141 Stimmen angenommen.

Mit dieser Aenderung wird die Entschließung der D. V. P. auf Vorlegung eines Rentnerversorgungsgesetzes gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Das Haus vertagte sich auf Mittwoch 15 Uhr: Die Betriebssicherheit auf der Reichsbahn. — Schluß gegen 19 Uhr.

Die verschärften Geschäftsordnungsmaßnahmen im Reichstage.

Berlin, 20. Februar. Ueber die Sitzung des Aeltestenrates, in der die vom Präsidenten getroffenen Ordnungsmaßnahmen gebilligt wurden, erfahren wir noch folgendes: Bei den vom Präsidenten getroffenen verschärften Ordnungsmaßnahmen handelt es sich in erster Linie um eine Verstärkung der uniformierten und nichtuniformierten Polizei. An den Geschäftsordnungsausschuß wird das Ersuchen gerichtet, eine weitere Verschärfung der Disziplinarmaßregeln gegen Abgeordnete herbeizuführen, so eine längere Entziehung der Diäten und der Fahrkarten. Ferner ist an die Polizei ein Hinweis dahin gegeben worden, daß sie, wenn ein Zusammenwirken von Abgeordneten und störenden Tribünenbesuchern festgestellt wird, sich an die Immunität der Abgeordneten nicht stören solle, sondern die Abgeordneten wegen eines Vergehens auf frischer Tat sofort zu verhaften. Ferner soll für solche Fälle ein Verfahren wegen Hausfriedensbruches eingeleitet werden.

Im übrigen erklärte der Reichstagspräsident, daß gegen jedes Schimpfwort und jeden beschimpfenden Zuruf seitens des Präsidenten mit unnachsichtlicher Schärfe vorgegangen werden wird.

Preußischer Landtag.

Berlin, 19. Februar.

Das Haus begann die große Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung. Mit der Beratung ist eine große Anzahl von Anträgen verbunden. Nach der Berichterstattung durch den Abg. **Perschke** (Wirtschp.) eröffnete Handelsminister Dr. **Schreiber** die allgemeine Aussprache mit längeren Ausführungen über die Wirtschaftslage. Er erklärte u. a.: Der nun bereits 15 Monate andauernde Konjunkturrückgang in der deutschen Wirtschaft habe eine Entspannung auf dem Kapitalmarkt nicht gebracht. Die Verschlechterung unserer Wirtschaftslage komme in der außerordentlichen Höhe der Konkurse und in der Lage des Arbeitsmarktes deutlich zum Ausdruck. Erschwerend wirke die im Verhältnis zum Auslande weit stärkere Belastung unserer Produktion mit Steuern und Abgaben, insbesondere Realsteuern. Die mangelnde Kapitalbildung habe ihre Ursachen in der zu geringen Rentabilität der deutschen Unternehmungen in Landwirtschaft und Gewerbe. Ausreichende Kapitalbildung sei unter jedem Wirtschaftssystem lebensnotwendig. Eine Volkswirtschaft, die nicht den Ersatz, die Verbesserung und Erweiterung der Produktionsanlagen entsprechend der Steigerung der Bevölkerungszahl und den zunehmenden kulturellen Bedürfnissen erarbeite, müsse verarmen. Es treffe nicht zu, daß die Lebenshaltung unseres Volkes im ganzen den Stand der Vorkriegszeit wieder erreicht habe. Die Verschuldung an das Ausland nehme die Deckung des notwendigen Lebensbedarfes der deutschen Bevölkerung und seine natürliche Entwicklung an.

In Beantwortung der Großen Anfrage über Unglücksfälle in der Ferngasversorgung teilte ein Regierungsvertreter mit, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine ausreichende Handhabe bieten, um die bei der Verlegung von Ferngasleitungen erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die die Bevölkerung gegen Gefahren für Leben und Gesundheit genügend schützen.

In der fortgesetzten allgemeinen Aussprache wies Abg. **Thiele** (Soz.) darauf hin, daß die Zahl der Erwerbslosen in den letzten 14 Tagen um 18 Prozent gestiegen sei. Die Schwierigkeiten, die sich aus den ungeheuren Reparationslasten ergäben, verkennen die Sozialdemokraten nicht. Sie forderten die Völkerverständigung, um auf friedlichem Wege eine Herabsetzung der Lasten zu erreichen.

Abg. Dr. **von Gersdorff** (Dntl.) widmete dem verstorbenen Ozeanflieger von Hünefeld Worte des Gedenkens. Er dankte den Fliegern, die jetzt den eingefrorenen Schiffen auf der See Hilfe bringen. Zur Frage der Betätigung der öffentlichen Hand erklärte der Redner, daß der Staat in der Elektrizitätswirtschaft durchaus mitwirken könne doch nicht zur absoluten Sozialisierung übergehen dürfe. Entschieden protestieren müsse man gegen die Steuerpläne des Reichsfinanzministers.

Abg. **Altgoer** (Ztr.) setzte sich besonders für die Interessen des Mittelstandes ein und forderte gerechtere Verteilung der Steuern.

Abg. Frau **Ludewig** (Komm.) betonte, daß eine neue Rationalisierungswelle durch Deutschland gehe, um die Milliarden der Dawes-Last aufzubringen. Dies soll auf Kosten der Arbeiter geschehen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Aus Laasphe und Umgegend.

* **Laasphe**, 20. Febr. („Wenn die Hoffnung nicht wär'!") Draußen ist noch alles Eis und Schnee, und jeden Morgen und jeden Mittag und jeden Abend guckt man mit großer Spannung auf das Thermometer, wenn man eins hat, um festzustellen, ob wir denn noch immer nicht den Nullpunkt überschritten haben, natürlich nach oben hin, ob wir denn noch immer nicht aus dem Frieren ein bischen ins Schwitzen kommen können. Und jeden Morgen und jeden Mittag und jeden Abend erkennen wir, daß wir noch immer tief unter Null pendeln und daß des Frostes Ende noch nicht abzusehen ist. Aber die Hoffnung, ach ja, die Hoffnung, ist bereits über Null, und unter Pelzen, wollenen Handschuhen und Ohrenklappen regt sich ein leises Lenzesahnen. Denn vergessen wir nicht: Vom Februar sind gut zwei Drittel überschritten und am nicht zu fernen Horizont erscheint Ostern. „Was kann uns eigentlich noch geschehen?" fragen und sagen wir in unserem unheilbaren Optimismus. „Noch ein bißchen Schnee und noch ein bißchen Kälte — aber dann ist unbedingt Frühling!" Einer hat bei 20 Grad Minus bereits einen Zitronenfalter gesehen, und über Hamburg sollen wahr und wahrhaftig acht Störche erschienen sein. Wenn das keine Luftspiegelung war — bei dem dicken Hamburger Nebel ist ja alles möglich — so können wir uns mit dem etwa noch kommenden Nachwinter in aller Ruhe und mit überlegener Geste auseinandersetzen. — Mit acht Störchen läßt sich allerhand beweisen, und so sagen wir denn zu dem Winter: „Du magst dich noch so wild gebärden oder, wie der Dichter mit Recht sagt, „noch so sehr dräuen," und den alten Celsius noch so sehr in Verwirrung bringen —, uns machst du doch nicht mehr bange!" Wartet nur, über ein Weilchen bringt sieghaft die Frühlingssonne durch und dann steht nicht nur die Hoffnung, nein, dann steht auch das Thermometer wieder hoch über Null.

† **Laasphe**, 20. Februar. Der Passionsgottesdienst heute Abend findet, weil die Kirche schwer zu erwärmen ist, noch einmal auf der Kirchschule statt.

* **Laasphe**, 20. Febr. Die Kohlennot macht sich auch hier von Tag zu Tag empfindlicher bemerkbar. Die Volksschule hat bekanntlich am Samstag geschlossen werden müssen, weil keine Kohlen zum Heizen der Schulräume vorhanden sind. Und wenn die Kälte so weiter geht, dann sind es auch nicht mehr viel Haushaltungen, die noch Kohlen im Keller haben. Der schwarze Diamant ist zur Zeit ein rarer Artikel geworden. Die Zechen können dem ungeheuren Verbrauch auch nicht annähernd nachkommen. Höchste Zeit wäre es daher, daß ein Witterungsumschlag einträte.

* **Laasphe**, 20. Februar. Die Wasserkalamität nimmt auch in unserer Stadt von Tag zu Tag größeren Umfang an. Nachdem erst am Samstag ein Rohrbruch in der Hauptzuflußleitung repariert wurde, sind inzwischen verschiedene weitere entdeckt worden, sodaß heute früh das Sammelbassin nur wenig Wasser enthielt. Das auf diese Weise verlorengehende Wasser macht sich naturgemäß auch durch geringen Druck bemerkbar, was besonders in den höher gelegenen Stellen und oberen Stockwerken der Fall ist. Hoffentlich befreit uns ein baldiger Witterungsumschlag vor noch weiteren Folgen.

)(**Feudingen**, 20. Febr. Der Landwirtschaftliche Ortsverein hält am kommenden Freitag seine Generalversammlung hierselbst ab. Es sprechen einige Herren über die Landwirtschaft sehr interessierende Fragen. Versäume es daher Niemand, der Versammlung beizuwohnen. Für die Landwirte ist es Pflicht, ihrer Organisation beizutreten. — Siehe auch die betr. Anzeige in der heutigen Nummer dieser Zeitung.

Erndtebrück, 19. Febr. Gestern wurde in Schameder ein Fischreiher in vollständig erschöpftem Zustande gefangen. Das Tier wurde von dem hiesigen Schieferdecker Fr. Simon einstweilen in Pflege genommen. Es ist dies ein weiterer Beweis dafür, wie sehr außer dem Wild auch die Vögel unter der Ungunst der Witterung leiden.

Erndtebrück, 20. Febr. Zum Fischereivorsteher wurde in der Versammlung der Fischereigenossenschaft vom 1. ds. Mts. Gast- und Landwirt Ludw. Strohmann gewählt. — In der Versammlung der Waldgenossenschaft 8. ds. Mts. wurde Gemeindevorsteher Wehand zum Genossenschaftsvorsteher gewählt.

Erndtebrück, 20. Febr. Die Wasserkalamität in unserer Gemeinde nimmt immer größere Formen an. Ganze Straßen sind schon ohne Wasser, was sich namentlich in der Landwirtschaft sehr störend bemerkbar macht. Solange die Störung nur im Abfrieren einzelner Hausanschlüsse innerhalb der Gebäude bestand, war dem Uebelstand noch beizukommen. Durch das immer tiefere Eindringen des Frostes in die Erde scheinen nun auch Stockungen in der Hauptzufuhrleitung eingetreten zu sein. Derartige Schäden sind, solange die Kälte anhält, nur sehr schwer zu beheben. Groß ist auch der Schaden, der vielen Familien dadurch erwachsen ist, daß Kartoffeln, Konserven und dergleichen mehr erfroren sind. Erst nach Eintritt milderer Witterung wird sich der ganze Schaden mit so mancherlei üblen Begleiterscheinungen ermessen lassen.

—* Die **Handwerkskammer zu Arnsberg** teilt mit: Die Zukunft des Handwerks wurzelt in seinem Nachwuchs. Es ist deshalb von Seiten des Handwerks der größte Wert auf einen tüchtigen Nachwuchs zu legen. Nur derjenige wird mit Erfolg in Zukunft sich als selbständiger Handwerksmeister behaupten können, der neben einem tüchtigen Fachwissen und -können über eine gute Allgemeinbildung und vor allem auch über ein gewisses Maß kaufmännischer Fähigkeiten verfügt. Das Handwerk muß von allen Elementen freigehalten werden, die nur deshalb eine Lehrstelle annehmen, weil sie in anderen Berufen auf Grund mangelnder Fähigkeiten ein Unterkommen nicht finden. Die Handwerker sind in jeder Beziehung gehalten, bei der Auswahl der Lehrlinge die größte Vorsicht walten zu lassen. Soweit die Möglichkeit der Nachprüfung der Fähigkeiten durch Eignungsprüfung besteht, soll jeder Handwerksmeister hiervon Gebrauch machen. Im übrigen soll er während der Probezeit den Jugendlichen eingehend beobachten und das Lehrverhältnis lösen, wenn sich die Nichteignung des Lehrlings ergibt. Grundsätzlich sollen nur solche jungen Leute in das Handwerk aufgenommen werden, die mindestens das Ziel der Volksschule erreicht haben und einwandfreie Leistungen in den Grundfächern Rechnen und Schreiben nachweisen können. Schließlich ist darauf zu achten, daß die einzustellenden Lehrlinge auch körperlich gesund sind. Da, wo der Beruf dem Jugendlichen besondere körperliche Anstrengungen zumutet, oder besondere körperliche Eigenschaften voraussetzt, soll ein ärztliches Zeugnis darüber eingeholt werden, ob der Anwärter auf die Lehrstelle in körperlicher Hinsicht Gewähr dafür bietet, die Lehre durchzuhalten und den Pflichten, die auf ihn warten, gerecht zu werden.

—* **Preußischer Beamten-Verein zu Hannover**, Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Der Versicherungsbestand hat sich im Jahre 1928 um mehr als 30 %, nämlich von 305 auf über 400 Millionen Mark erhöht, wobei der Versicherungsbestand der aufgewerteten Lebensversicherungen noch nicht eingerechnet ist. Der reine Zugang beträgt also 95 Millionen Mark Versicherungssumme gegenüber 65 Mill. im Vorjahr. — Die Einnahmen an Beiträgen und Zinsen stiegen von 17,3 auf 21,5 Mill. Mark, die Aktiva (einschl. des Aufwertungsfonds) von 72 auf 92 Mill. Mark. — An Hypothekengeldern wurden (hauptsächlich an Vereinsmitglieder) rund 15 Millionen Mark neu ausgeliehen. — Die Auszahlungen für Sterbefälle betrugen mehr als 2,6 Mill. Mark und blieben wiederum erheblich hinter den rechnungsmäßig hierfür zur Verfügung stehenden Mitteln zurück. — An Dividenden wurden in 1928 über 2 Mill. Mark an die einzelnen Mitglieder ausgeschüttet. Der Verwaltungskostensatz ist unverändert günstig geblieben. — Der Jahresüberschuß wird sich trotz der niedrigen Tarifbeiträge auf den Betrag von 4 Millionen Mark (das sind mehr als 21,5 % der Beitragseinnahme gegen 19,2 % im Vorjahr) belaufen. Die Jahresdividende für 1928 wird Beträge bis zu 42 % des Jahresbeitrages erreichen und bei allen beitragspflichtigen Versicherungen eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr aufweisen. — Der Teilungsplan, welcher die Aufwertung der

alten Versicherungen regelt, ist vom Treuhänder fertiggestellt und der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt worden. Die endgültige Aufwertungsquote (berechnet für den 14. Februar 1924) dürfte den ungewöhnlich hohen Satz von 21 % überschreiten.

—* **Betriebsratswahl 1929.** Zwischen den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen, den Metallarbeiter-, Bergarbeiter- und Angestelltenverbänden einerseits und dem für das Sieg- und Dillgebiet hauptsächlich in Frage kommenden Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Hütten andererseits ist wie in den Vorjahren eine Verständigung über den Termin der diesjährigen Betriebsratswahl herbeigeführt worden. Sie soll **am 11. April 1929** stattfinden. Zur Vorbereitung der Wahl ist der bisherige Betriebsrat verpflichtet und befugt. Er muß spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der drei Gewählten zum Vorsitzenden des Wahlvorstandes gewählt haben. Nur wenn der Betriebsrat dieser Verpflichtung nicht nachkommt, muß der Arbeitgeber selbst den Wahlvorstand möglichst aus den drei dienstältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestellen, bei Betrieben mit Angestellten und Arbeitern sollen beide Gruppen im Wahlvorstand vertreten sein. Dieser Wahlvorstand bestimmt seinen Vorsitzenden selbst. Die Durchführung und Leitung der Wahl liegt in den Händen des Wahlvorstandes, der folgendes zu beachten hat: Das Wahlausschreiben muß spätestens am 21. März 1929 zum Aushang kommen. Einsprüche gegen die Wählerliste können nur noch am 24. März 1929 berücksichtigt werden. Die Vorschlagslisten müssen spätestens am 28. März 1929 in den Händen des Wahlvorstandes sein. Dieser hat die zugelassenen Vorschlagslisten spätestens am 6. April 1929 bei Betriebsbeginn auszulegen, wenn die Wahl pünktlich am 11. April 1929 erfolgen soll. Bei der Wahl des Betriebsobmannes in Betrieben mit in der Regel weniger als 20, aber mindestens 5 wahlberechtigten Arbeitnehmern tritt an Stelle des aus 3 Köpfen bestehenden Wahlvorstandes als Wahlleiter möglichst der dienstälteste Arbeitnehmer. Die vierwöchentliche Sperrfrist ist für die Wahl des Betriebsobmannes auf eine Woche abgekürzt. Es wird in geheimer Wahl nach dem Grundsatz der Mehrheit gewählt; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Ueber etwaige Sonderfragen, z. B. über erst im Sommer oder später ablaufende Amtszeiten der Betriebsvertretungen, über Neuwahlen nach Betriebsstillegungen oder über die Folgen sogenannter Wahlmüdigkeit und dergleichen geben die eingangs erwähnten Organisationen Auskunft.

—* Das **Finanzamt Siegen** schreibt uns: Eine rechtswirksame Abmeldung eines Fahrzeuges im Sinne des § 11 Abs. 2 der Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 21. 12. 1927 liegt nur dann vor, wenn das Fahrzeug bei der **Zulassungsbehörde** abgemeldet worden ist. Nach der zwingenden Vorschrift dieser Gesetzesstelle unterliegt ein Kraftfahrzeug, solange es bei der **Zulassungsbehörde** nicht abgemeldet ist, der Steuerpflicht. Die Tatsache allein, daß der Steuerpflichtige das Fahrzeug nicht mehr benutzt, z. B. weil der Steuerpflichtige abwesend ist oder weil das Fahrzeug einer Ausbesserung unterzogen wird oder infolge eines Unfalls unbrauchbar geworden oder an einen anderen verkauft worden ist, hebt die Steuerpflicht nicht auf, das Fahrzeug muß zuvor bei der **Zulassungsbehörde** abgemeldet worden sein. Die Abmeldung eines Fahrzeuges bei einer sachlich nicht zuständigen Stelle beendigt ebenfalls nicht die Steuerpflicht. Maßgebend für die Abmeldung ist der Tag des Eingangs der Abmeldung bei der **Zulassungsbehörde.** Dieses gilt auch bei Erstattung bezw. Erlaß der Kraftfahrzeugsteuer. In welcher Weise die Abmeldung zu erfolgen hat, bestimmt § 6 Abs. 5 und 6 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. 3. 1928 (Reichsgesetzblatt I S. 91). Danach gilt ein Fahrzeug in der Regel als abgemeldet, wenn der Eigentümer die Zulassungsbescheinigung und Steuerkarte bei der Zulassungsbehörde abgeliefert hat. — Die ordnungsmäßige Abmeldung bei der Zulassungsbehörde durch die Person, für die das Fahrzeug zugelassen wurde, ist auch wichtig in Fällen der Veräußerung des Fahrzeuges. In diesen Fällen muß der Verkäufer bezw. die Person, für die die Zulassung läuft, ebenfalls das Fahrzeug in der in § 6 obiger Verordnung vorgeschriebenen Weise bei der Zulassungsbehörde abmelden, um steuerliche Nachteile zu verhüten. Will der Erwerber eines Fahrzeuges dieses weiterbenutzen, so hat der Veräußerer den Eigentumsübergang unverzüglich der für seinen Wohnort zuständigen Zulassungsbehörde unter Angabe von Namen und Anschrift des neuen Eigentümers anzuzeigen; er hat ferner dem neuen Eigentümer die Zulassungsbescheinigung gegen Empfangsbestätigung auszuhändigen und diese letztere seiner Anzeige an die Zulassungsbehörde beizufügen. Erst mit Eingang dieser Anzeige und der Empfangsbestätigung bei der Zulassungsbehörde gilt das Fahrzeug in der Person des bisherigen Steuerpflichtigen als abgemeldet.

*

Wachsende Tage.

„Und streut er Eis und Schnee umher, es muß doch Frühling werden!" Dieses Dichterwort kam mir zu Sinn, als ich den ganzen Tag Meldungen über Kälte-, Frost-, Schnee- und Eiskatastrophen gelesen hatte, so viele waren es, daß es über dem Lesen unversehens Nachmittag wurde. Ordentlich kalt wurde es einem dabei noch obendrein. Schon wollte sich eine gelinde Verzweiflung über die anhaltende Herrschaft des Winters und über die Unterdrückung jedweder vorfrühlingshaften Stimmung einstellen — aber da sah ich hinaus, es war noch heller Tag, obwohl der Chronometer bereits über fünf Uhr zeigte. Die Tage werden länger, es geht auf die bessere Jahreszeit zu! So schien die Helle zu rufen. Ich rieb die Augen, ballte Zeitungen zusammen und stürmte hinaus ins Freie.

Da redet man immer noch von Kälte und Schnee und vergißt, daß des Frühlings untrügliche Vorboten wirklich auf dem Marsche sind. Freilich treffen sie verschneites und vereistes Land an, aber sie sind da. Morgens schon um ¼ nach 7 Uhr beginnt der wachsende Tag, um immer später zur Neige zu gehen. Und über Mittag entfaltet er wärmenden Sonnenschein, so daß der letzte schmutzige Schnee im Wege schmilzt. Da setzt sich die Amsel hoch ins Gezweig und schmettert ihr Lied. Der Sonnenschein blendet, widerspiegelt von nassen Straßen, das Auge. Erst gegen ½6 Uhr setzt langsam die Dämmerung ein. Aber noch glüht in den Fenstern, die gegen Westen gerichtet sind, der Sonne verlöschendes Gold.

So geht der Tag, so kommt er wieder. Mag der Winter letzte Rückzugsgefechte liefern, wir glauben an den kommenden Frühling.

Wettervorhersage für den 21. Februar: Wechselnde Bewölkung, Fortdauer des Frostes.

Neue Warnkreuze an den Bahnübergängen. Sofort nach Beendigung der Frostperiode wird von den Reichsbahndirektionen mit der Aufstellung der neuen Warnkreuze an den Bahnübergängen begonnen werden. Nach Verfügung der Hauptverwaltung der Reichsbahn an die Direktionen soll die Durchführung der neuen Markierung so rasch als möglich erfolgen, so daß sie bis zum Einsetzen des stärkeren Kraftwagenverkehrs fertig ist. Zunächst sollen die besonders stark befahrenen und die Wegübergänge ohne Schranken mit den neuen Warnungskreuzen versehen werden.

Streupflicht der Gemeinde bei Kälte. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Ortsstraßen in verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Hierzu gehört auch, daß bei Schneefall oder Glatteis die Gehwege sowie belebte Straßenübergänge bestreut werden. In welchem Maße gestreut und wie oft die Streuung wiederholt werden muß, hängt ganz von den Erfordernissen des Verkehrs ab. In Ausnahmefällen besteht auch die Pflicht, den Fahrdamm zu bestreuen. So z. B. wenn er von Fußgängern stark in Anspruch genommen werden muß.

Vermischtes.

△ **Nassau** (Lahn). (Das fehlende Wasser.) In der Fabrik der Firma Dr. Emde kam ein Brand zum Ausbruch, der infolge der herrschenden Kälte nicht mit Wasser bekämpft werden konnte. Infolgedessen brannte das Gebäude vollkommen nieder. Die Bewohner verloren ihre gesamte Habe.

△ **Frankfurt a. M.** (Das große Sterben.) Der Sensenmann hält in Frankfurt eben reiche Ernte, und auf den Friedhöfen gibt es Arbeit wie kaum je zuvor. In den Leichenhäusern des Hauptfriedhofs lagen an einem Tage über 90 Leichen. Nicht nur die Grippe fordert große Opfer, sondern auch die ungewöhnliche Kälte selbst verursacht viele Todesfälle. Es starben in den letzten Tagen vorwiegend ältere Personen. Die Bestattungstätigkeit muß mit allem Hochdruck betrieben werden, und es sind jetzt 30 Bauhandwerker neu eingestellt worden, damit die Ausschachtungen flotter vonstatten gehen. Von morgens früh bis in den späten Nachmittag erfolgen Beisetzungen.

△ **Frankfurt a. M.** (Ein Heiratsschwindler.) Einem Heiratsschwindler, der sich als „Journalist" von Borchers bezeichnete, gelang es, von einer Dame, mit der er durch eine Heiratsannonce bekannt wurde, einen größeren Geldbetrag zum Ankauf von Möbeln zu erhalten, mit dem er das Weite suchte. Es gelang, den Heiratsschwindler festzunehmen. Der Betrüger ist der 1896 zu Lemberg geborene Kaufmann Ladislaus Rifczes, der bereits im Jahre 1924 durch einen schweren Bankbetrug in Zürich von sich reden machte.

** **Düsseldorf.** (Gastod eines 80jährigen.) In einem Hause an der Helmholtzstraße wurde ein 80jähriger Mann mit Gasvergiftung vorgefunden. Die von der Feuerwehr angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg, da der Tod schon eingetreten war.

** **Benrath.** (Schrecklicher Tod eines vierjährigen Kindes.) Eine Ehefrau aus der Werftstraße entfernte sich für kurze Zeit aus ihrer Wohnung, um in dem darunter liegenden Fabrikraume Wasser zu holen. Das vier Jahre alte Mädchen der Familie blieb allein in der Küche. Das Kind, das eine Wachskerze am Ofen entzünden wollte, kam mit seinen Kleidern hierbei den Flammen zu nahe. Der leicht brennbare Wollstoff fing sofort Feuer. Durch das Geschrei des Kindes wurden Nachbarn aufmerksam. Leider kam die Hilfe zu spät. Das Kind starb an den Folgen der erlittenen Verletzungen nach der Einlieferung in das Krankenhaus.

△ **Darmstadt.** (Auf der Treppe totgestürzt.) Vor einigen Tagen zog sich die 79jährige Witwe D. P. durch Sturz von der Treppe einen doppelten Schädelbruch zu, an dessen Folgen sie heute im Krankenhaus starb.

△ **Darmstadt.** (In einen Bottich mit heißem Wasser gestürzt.) Der im Ausbesserungswerk der Eisenbahnwerkstätte beschäftigte 39jährige Hilfsarbeiter Johann Enders aus Spachbrücken fiel in einen Bottich mit kochendem Wasser. Er erlitt so schwere Brandwunden, daß er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

** **Koblenz.** (Zwei Kinder im Bett erfroren.) In Weitersburg bei Vallendar ist ein neun Monate altes Kind in Abwesenheit der Eltern in seinem Bettchen erfroren. — In Mayen wurde das fünf Monate alte Kind einer armen Familie morgens tot im Bett aufgefunden; es war nach den ärztlichen Feststellungen erfroren.

□ **Auf der Spur der Bankräuber?** Die Kriminalpolizei in Berlin hat drei Brüder Saß unter dem Verdacht festgenommen, daß sie vielleicht an dem Einbruch in die Filiale der Diskontogesellschaft beteiligt gewesen sein könnten. Sie haben sich dadurch verdächtig gemacht, daß sie schon seit geraumer Zeit auf großem Fuße leben, ohne ehrliche Einnahmequellen nachweisen zu können. Es sind bei ihnen auch verschiedene Schmucksachen gefunden worden, deren Herkunft sie nicht glaubwürdig erklären konnten. Bei der Vernehmung haben sie sich bisher darauf beschränkt, ihre Teilnahme am Bankeinbruch zu leugnen und unglaubwürdige Angaben zu machen.

□ **Schiffsunfälle im Hamburger Hafen und auf der Unterelbe.** Im Hamburger Hafen sind wahrscheinlich durch Leckwerden zwei Schlepper gesunken. Personen sind dabei nicht verunglückt. Eine hiesige Tauchfirma hat die Bergung der beiden Schiffe übernommen. Der bei Krautsand aufgelaufene Dampfer „Sonneck" der Hansa-Linie ist mit Hilfe von Schleppern wieder flott gemacht und nach Hamburg gebracht worden. Der Dampfer „Regua" lief bei der Ostbank auf ein Stack. Auch er konnte nach längeren Bemühungen durch Bergungsdampfer nach Hamburg geschleppt werden, wo eine Bodenuntersuchung vorgenommen werden muß. Der Dampfer „E. Ruß" ist beim Elbefeuerschiff II auf Schaarhörn gestrandet.

□ **Leichter Zugunfall auf dem Magdeburger Hauptbahnhof.** Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg teilt mit: Auf dem Hauptbahnhof Magdeburg stieß eine leer fahrende Lokomotive auf den am Bahnsteig I zur Abfahrt nach Oebisfelde bereitstehenden Personenzug 238 leicht auf. Die drei letzten Wagen des Personenzuges stießen aneinander und erlitten unbedeutende Beschädigungen. Acht bis zehn in den Wagen befindliche Personen erlitten Hautabschürfungen und Beulen.

□ **Vier Bergarbeiter verschüttet.** Auf der Wolfgang-Grube in Ruda wurden beim Bruch eines Stollens vier Bergleute verschüttet. Nach mehrstündiger Rettungsarbeit konnten zwei Mann noch lebend mit Verletzungen geborgen werden, während die anderen beiden einige Zeit später nur noch als Leichen aufgefunden wurden.

□ **60 000 Mark unterschlagen.** Der Direktor eines großen Genossenschaftsunternehmens in Erkelenz wurde in Haft genommen und nach Vernehmung dem Richter vorgeführt, weil er sich in seiner Geschäftsführung erhebliche Veruntreuungen — man spricht von einem Betrage in Höhe von 60 000 Mark — habe zuschulden kommen lassen.

□ **Untergang des Dampfers „Kanowna".** Nach Berichten aus Sidney steht nun fest, daß die 200 Passagiere und 160 Mann Besatzung des in der Nähe des Wilson-Vorgebirges, dem südlichsten Punkte Australiens, gesunkenen 7000-Tonnen-Dampfers „Kanowna" von anderen Schiffen aufgenommen wurden. Die Schiffsladung im Werte von zwei Millionen Mark und der größte Teil des Gepäcks der Passagiere sind verloren. Die Besatzung blieb bis zum letzten Augenblick an Bord, da die Hoffnung bestand, das sinkende Schiff ins flache Wasser abschleppen zu können. Der Dampfer sank jedoch kurze Zeit nach dem Abschleppungsversuch im tiefen Wasser.

□ **Demonstration streikender Schneider in New York.** 6000 streikende Schneider, Angehörige einer Gewerkschaft, veranstalteten im Mittelpunkt New Yorks eine Kundgebung. Da sie den Verkehr störten, trieb die Polizei sie auseinander und verhaftete einige Hundert.

□ **Internationales Abkommen über narkotische Mittel.** Der amerikanische Staatssekretär Kellogg kündigte nach Berichten aus Washington den Abschluß eines vorläufigen Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und 14 anderen Mächten, unter ihnen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, an, durch das eine engere Zusammenarbeit im Kampf gegen den Handel mit narkotischen Mitteln gesichert wird. Auf Grund des Vertrages werden die Unterzeichner in einem ständigen Nachrichtenaustausch stehen, der sich auch auf Personen erstreckt, die an dem Handel mit narkotischen Mitteln beteiligt sind.

Neues aus aller Welt.

Unfälle auf dem Main und dem Neckar.

Frankfurt a. M. 20. Februar. In Miltenberg brach die Eisdecke des Mains und sieben Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren versanken in den Strom. Es gelang, sechs Kinder zu retten, während die 12jährige Marianne Liebreich vor den Augen der Mutter von der Strömung unter das Eis gerissen wurde und ertrank. Beim Ueberqueren des zugefrorenen Neckars brachen zwei junge Leute ein. Während der 25jährige ledige Kaufmann aus Ludwigshafen gerettet werden konnte, ist ein 19jähriges Mädchen aus Mannheim unter dem Eis verschwunden. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Das Urteil im Radio-Entführungsprozeß Schwarz.

Berlin, 20. Februar. Im Prozeß wegen der Rundfunk-Köpenickiade wurde folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten werden wegen Freiheitsberaubung in Tateinheit mit Nötigung bestraft und zwar Frank mit vier Monaten Gefängnis und die Angeklagten Peucke und Scherlinski mit je drei Monaten Gefängnis. Außerdem erhält der Angeklagte Frank wegen unbefugten Waffenbesitzes eine Geldstrafe von 20 Mark. In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Angeklagten sämtlich aus politischer Ueberzeugung gehandelt hätten und daß diese Tatsache strafmildernd berücksichtigt worden sei. Andererseits hätten die Angeklagten aber auch gegen die Staatsautorität verstoßen. Dr. Frank sei als zweifelloser Urheber der Tat schärfer bestraft worden. Die Untersuchungshaft werde ihm angerechnet. Eine Strafaussetzung habe das Gericht für Frank abgelehnt.

Zeitschriften- und Bücherschau.

Ein vorbildliches Heimatbuch. Von Florentine Cosmin-Benfer. „Ihr habt alles, was ihr zum Leben braucht, alles, wofür ihr lebt, ihr werdet geboren und ihr erzeugt neue Geschlechter, ihr seid notwendig auf der Erde. Das sind nicht alle, aber ihr seid es." Dieses Wort aus dem Romane „Segen der Erde" von Knut Hamsun stellt Justizrat Dr. E. H. Wilh. Meyer an die Spitze seines vorbildlichen Heimatbuches, das als erster Band der Sonderveröffentlichungen des Historischen Vereins für die Grafschaft Mark erschienen ist. Es könnte aber ebenso gut an der Spitze des Buches **„Allerlei Gewispel aus Großvaters Tagen über seltene Käuze, Sitten und Gebräuche zwischen Lahn und Eder"** von Lehrer Pez stehen, das ein echtes Heimatbuch im wahrsten Sinne des Wortes ist. Der Verfasser hat es meisterhaft verstanden, seinem reichen, kulturhistorischen Wissen anmutige Form zu geben. Uns Wittgensteiner interessiern in erster Linie die Geschichte „Vom letzten Wolf in Wittgenstein und seinem schauerlichen Ende", aber auch die anderen 25 Abschnitte des Buches bringen so vieles, was uns verwandt erscheint. So, wenn der Verfasser von einer „Hochzeit auf dem Lande" erzählt, oder von „Kindtaufen im Laufe der Jahrhunderte", oder von „Pate und Gote" und mancher Wittgensteiner Leser wird sagen: „Grare, wie bei ins deheeme". Die anheimelnde Schilderung der „Spinnstuben" und die vom „Webstuhl in der Bauernstube" lassen uns bedauern, daß beides fast der Vergangenheit angehört. Der Verfasser muß ein guter Beobachter des Volkslebens sein, verdankt aber auch vieles in seinem fesselnden Buche seinem Vater und seinem Großvater, denen er in seinem Vorworte ja auch seinen Dank ausspricht. — Für solche Leser, denen die rein kulturhistorischen Abschnitte weniger anziehend sind, birgt das Buch auch noch einen Schatz von Erzählungen aus dem Leben seltsamer Käuze. — Mit behaglichem Schmunzeln wird gar mancher die Kapitel lesen: „Von Brunkenmüllers Esel Knipp und seinem Freunde Henner", oder „Wie der Speckweigert eine Ziege erstand" und vor allem „Wie die Buchenauer wegen Besetzung der Pfarrstelle zum Großherzog reisen". Selbstverständlich ist es unmöglich, im Rahmen einer kurzen Besprechung den Inhalt ganz auszuschöpfen. Ich empfehle das Buch allen Heimatfreunden auf das Wärmste. Vielleicht schärft es gar manchem den Blick für die kulturhistorischen Schätze seiner eigenen Heimat, sodaß er mit Friedrich Ratzel sagen kann: „Ich habe gelernt, was Heimat heißt, und darin einen Schatz gefunden, der mich reich macht, und in dessen Besitz ich nie wieder arm werden kann". — R. B. Das Buch ist im Selbstverlage des Verfassers, Lehrer Pez in Herbertshausen, Kr. Wittgenstein erschienen. Es umfaßt 112 Seiten mit 26 Abschnitten und kostet 1,25 Mk. — Gedruckt ist dasselbe in der Buchdruckerei Ernst Schmidt in Laasphe.

Hausmädchen für alsbald gesucht von einer Rechtsanwalts-Familie in Berleburg. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Wittg. Ztg.

Der harte Winter.

Die Eisversetzungen des Rheines erstrecken sich von der holländischen Grenze auf 227 Kilometer rheinaufwärts. Die Volksschulen von Mayen sind bei der jetzt herrschenden Kälte genötigt, wegen Mangels an Brennmaterialien den Unterricht für die laufende Woche zu schließen. Um den Gefahren des Eisganges wirksam begegnen zu können, werden in den einzelnen Rheinorten bereits umfassende Vorkehrungen getroffen. Vor den gefährdeten Objekten stellt man Eisbrecher auf. Außerdem ist eine Sicherheitswache in den Ortsstraßen eingerichtet worden. Der Beginn des Eisganges wird, wie in früheren Jahren durch Böllerschüsse, Läuten der Glocken oder Hornsignale den Uferbewohnern bekannt gegeben. In den Häfen von St. Goarshausen und Oberlahnstein liegende Schiffe sind durch den niedrigen Wasserstand in eine verzweifelte Lage geraten. Sie liegen auf Grund und müssen geleichtert werden. Vier Schiffe haben bereits schwere Beschädigungen aufzuweisen.

Die Folgen der Kälte in Holland.

Die holländische Schiffahrt hat durch den anhaltenden Frost starken Schaden erlitten. Die Nordsee ist mit großen Eisblöcken bedeckt. Bei Vlissingen liegen ungefähr 60 Schiffe, die wegen des Eisganges auf der Schelde nicht einfahren können. Die Kohlenzufuhr ist äußerst schwierig. Die großen Seeschiffe können noch regelmäßig den Amsterdamer Hafen erreichen.

Der Bottnische Meerbusen zugefroren.

Der ganze Bottnische Meerbusen ist zugefroren, was seit 1809 nicht vorgekommen ist. Der Verkehr mit Finnland ist sehr mühsam. Zwei Dampfer, bis auf den letzten Platz mit Reisenden besetzt, sind mit Hilfe von Eisbrechern von Abo nach Stockholm gelangt. Vier mit Kohlen beladene Dampfer aus Danzig sind nach Stockholm unterwegs und wurden vom finnländischen Eisbrecher „Sampo" befreit. Viele Dampfer sind im Kattegatt eingefroren.

Die russischen Eisbrecher zur Ausfahrt bereit.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung Befehl gegeben, daß sich die Eisbrecher „Truwor" und „Ermak" in Bereitschaft halten, um sofort abfahren zu können, wenn Deutschland das russische Angebot annimmt.

Steigende Temperaturen in Frankreich.

Im größten Teile Frankreichs steigt die Temperatur an. Nur im Zentrum und im Osten hält die strenge Kälte an. Die Seine hat ihr normales Aussehen bis auf die starke Senkung des Wasserspiegels wieder angenommen.

Eine Versuchsfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin".

Glatte Landung.

Nach einer mehrstündigen Versuchsfahrt ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" in seinem Luftschiffhafen bei Friedrichshafen glatt gelandet. Die Fahrt erstreckte sich über Lindau, Bregenz, St. Gallen, Ravensburg und wurde in einer Höhe von 1352 Meter über dem Meeresspiegel ausgeführt. Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt konnte gemeinsam mit dem Luftschiffbau Zeppelin ihr Programm ausführen. Es wurde eine große Anzahl photographischer Aufnahmen gemacht. Dr. Koppe äußerte sich über die Versuche sehr befriedigt und glaubt, mit den Messungen fertig zu sein. Während der Fahrt wurden besondere Fahrtgeschwindigkeitsmessungen vorgenommen. Ferner wurde der Kurzwellensender fertig abgestimmt und vom Luftschiffbau endgültig übernommen.

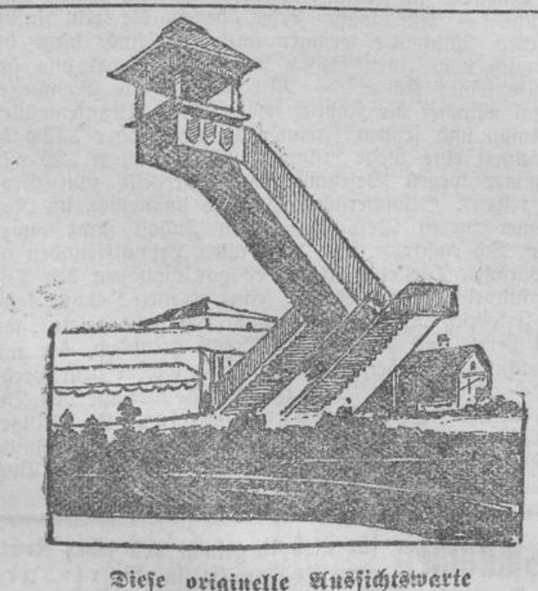
Außerdem wurde während der Fahrt die Heizanlage in Betrieb genommen. Während des ersten Teiles der Fahrt arbeitete sie so ausgezeichnet, daß die Fahrgäste ihre Mäntel ausziehen mußten. Späterhin fror sie jedoch ein und mußte abgestellt werden. Außer den Ingenieuren der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt befand sich heute Dr. Wahler vom Institut für Seenforschung in Langen an Bord, der Versuche anstellte.

Der Geldschrankeinbruch auf der Zeche „Königsborn"

Die Täter verhaftet.

Wie erinnerlich, wurden im Januar d. Js. bei einem Geldschrankeinbruch auf der Zeche „Königsborn" bei Dortmund etwa 224 000 Mark entwendet. Während es bald gelang, einen der Täter, einen gewissen Zabel, festzunehmen, in dessen Besitz noch über 70 000 Mark gefunden wurden, war dessen Mittäter, der Oberwächter Dünisch, entkommen. Dünisch stellte sich nunmehr selbst der Hamburger Polizeibehörde. Er gibt an, nach dem Einbruch in Belgien und Luxemburg gewesen zu sein. Darauf sei er über Trier und Köln nach Hamburg gekommen.

Dünisch behauptet, daß Zabel den Einbruch auf der Zeche „Königsborn" ausgeführt und er, Dünisch, nur Schmiere gestanden habe. In der Eile habe eine sorgsame Teilung der Beute nicht stattgefunden. Zabel habe ihm vor der sofort erfolgten Trennung nur ein größeres Paket Geldnoten in die Tasche gesteckt.



Diese originelle Aussichtswarte
ist von der pommerschen Stadt Köslin errichtet worden.

Die Briefe der Prinzessin.

26] Erzählung von E. Ph. Oppenheim.

„Sie sind der einzige Angehörige des — des Herrn Otto Martens?"

„Jawohl. Sehen Sie, unsere Eltern sind früh gestorben. Andere Angehörige habe ich nie gekannt, bis auf einen Onkel, der in Südafrika lebte, und der nun auch lange tot ist. Alles, was der arme Otto besaß, gehört mir."

„Wenn Sie der einzige Hinterbliebene sind, gewiß."

„Jawohl, jawohl. Ich war auf der Polizei, und man hat mir die Sachen meines Bruders freigegeben. Ich bin schon vor ein paar Tagen gekommen, und ich habe bis jetzt im Hotel wohnen müssen. Mein letztes Geld ist draufgegangen. Jetzt wohne ich natürlich oben, es ist noch für ein Vierteljahr bezahlt, teuer genug, wirklich. Finden Sie nicht? — Sechshundert Mark — für vier Zimmer."

„Die Wohnung war möbliert vermietet, soviel ich weiß. Da ist es für Berliner Verhältnisse nicht zu teuer."

„Ja, sehen Sie, nicht einmal die Möbel gehören mir. Bis auf ein paar Stück, die mein Bruder gekauft hat — teuer genug, wirklich. Ich habe noch die Rechnungen gefunden, dem Himmel sei Dank, quittierte Rechnungen. Jawohl" —

Es war klar, daß er noch nicht bei dem eigentlichen Zweck seines Besuches angelangt war, und er wußte offenbar nicht recht, wie er damit herauskommen sollte. Heinz verspürte in seiner Gesellschaft geradezu ein körperliches Unbehagen, und er wünschte lebhaft, diese Unterredung möchte ihr Ende recht bald erreicht haben. Aber es interessierte ihn auf der anderen Seite doch lebhaft, von seinem Bruder etwas Näheres über Otto Martens zu erfahren, und er sagte deshalb:

„Sie bemerkten, daß Sie aus Amsterdam kämen. Sie haben dauernd da gelebt — ?"

„Nein, o nein. Ich habe in Südafrika gelebt, bin bei einer Minen-Gesellschaft angestellt gewesen, — Diamanten, wissen Sie. Die Gesellschaft ist während des Krieges sozusagen in die Luft geflogen, und ich war stellenlos. Es war unmöglich, unter den Verhältnissen jetzt da drüben seinen Lebensunterhalt zu gewinnen. Da bin ich nach Amsterdam gefahren, Sie wissen, da sind die größten Diamanten-Schleifereien, und ich hatte dort schon meine Geschäfts-Verbindungen, ich glaubte, dort etwas Passendes zu finden. Es ging nicht mehr in Südafrika, sehen Sie."

„Nun, Ihr Bruder scheint dort doch sein Glück gemacht zu haben," bemerkte Heinz. Aber er war überrascht von der Wirkung seiner Worte. Paul Martens schnellte förmlich auf seinem Sitz herum und sagte lebhaft:

„Ich sage Ihnen, zwei Tage, bevor er nach England fuhr, hat er seinen letzten Cent ausgegeben. Nichts hat er gehabt, rein gar nichts. Er hat den Burenkrieg mitgemacht, wissen Sie, aber er ist davongelaufen, wie er gesehen hat, daß die Sache doch aussichtslos war. Zu mir ist er gekommen und hat vor mir gejammert und gebettelt, ich sollte ihm Geld leihen, er müsse sonst verhungern. Ich habe ihm die Ueberfahrt bezahlt nach Europa — nach London, er wollte durchaus nach London. Zwei Wochen später habe ich schon aus Berlin einen Brief bekommen, die Hälfte des Geldes, das ich ihm geliehen habe, hat er mir zurückgeschickt. Die Hälfte, Herr Hollfelden, und ich habe seit der Zeit nichts mehr von ihm gehört. Keine Zeile, kein Lebenszeichen. Nicht einmal, wo er wohnt, habe ich gewußt. Und ich habe mich quälen müssen drüben, während er hier —! — Oh, der — der —"

Heinz wehrte durch eine rasche Handbewegung ab.

„Vergessen Sie nicht, daß Ihr Bruder tot ist!" sagte er kalt. Und Herr Paul Martens verschluckte das Wort, das ihm schon auf der Zunge gelegen hatte.

„Ja, aber sehen Sie, was für ein Bruder er war! Er wußte, daß es mir schlecht ging. Er mußte es wissen. Und er hat mir nur die Hälfte von dem zurückgezahlt, was ich ihm geliehen hatte, während er hier eine Wohnung hatte, die im Jahre zweitausendvierhundert Mark kostete, während er lebte wie ein Fürst. Kann man das glauben, Herr? Er schickt mir das Geld und schreibt mir, daß es ein Vorschuß seines Prinzipals sei, er hätte eine Stellung gefunden, hundertundachtzig Mark im Monat. Davon werde ihm nun der Vorschuß in Raten abgezogen. Haben Sie so etwas gehört! Hundertundachtzig Mark, und hat eine Wohnung, die allein zweihundert kostet. Dreihundert habe ich ihm geliehen, hundertundfünfzig habe ich zurückbekommen, keinen Pfennig mehr. Und schreibt mir keine Zeile mehr. Freilich, er wußte wohl, daß ich sofort herüberkommen würde, wenn ich das hörte, das mit der Wohnung von zweitausendvierhundert Mark. Und zahlt mir nicht einmal zurück, was er von mir geliehen hat! Nicht einmal das!"

Heinz kämpfte mit Anstrengung seinen Ekel und seinen Widerwillen nieder.

„Sie werden ihn ja jedenfalls jetzt beerben, Herr Martens," sagte er und bemühte sich, nicht zu viel von der Verachtung durchklingen zu lassen, die er für den andern empfand.

Aber Herr Paul Martens schlug sich in zornigster Erregung auf das Knie.

„Ja, sehen Sie, sehen Sie, Herr!" sagte er. „Darauf will ich ja eben kommen. Die Polizei hat ein Verzeichnis der vorgefundenen Sachen aufgenommen, und ich habe noch einmal alles nachgesehen. Nicht ganz dreihundert Mark in barem Gelde — eine Unmenge Kleider, alles vom ersten Schneider, Stiefel, daß man ein Geschäft damit aufmachen könnte, der Himmel weiß, was er dafür ausgegeben haben muß! Alte Rechnungen über die unsinnigsten Sachen, Gott sei Dank, alles bezahlt, Photographien schöner Damen, die der Kuckuck holen soll, Liebesbriefchen, er muß gelebt haben wie ein Pascha! Wie ein Pascha!

„Nun, sehen Sie hier —"

Er sprang auf und brachte mit zitternden Händen ein Notizbuch zum Vorschein.

„Da hat er seine Ausgaben und Einnahmen gebucht. Sehen Sie, hier —" er blätterte eine Seite auf — „dritten Oktober, eingenommen: sechstausend Mark. Dann kommen eine Unmenge Ausgaben, durch drei Monate —" er blätterte weiter — „dann hier wieder: zweiten Januar, eingenommen: sechstausend Mark. Wieder Ausgaben, und hier wieder: vierten April, eingenommen: sechstausend Mark. Sechstausend, sechstausend, sechstausend, also achtzehntausend Mark, Herr! Und er ging aus Südafrika mit dreihundert Mark in der Tasche, die er von mir geliehen hatte. Am dritten Oktober hat er die ersten sechstausend Mark bekommen, das ist also ungefähr fünf Wochen, nachdem er nach Berlin gekommen sein konnte.

(Forts. folgt.)

Anläßlich unserer Goldenen Hochzeit sind uns so zahlreiche Ehrungen und Aufmerksamkeiten zu teil geworden, daß es uns unmöglich ist, jedem Einzelnen persönlich zu danken. Wir bitten deshalb, den hiesigen Gratulanten auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aussprechen zu dürfen.

Laasphe, den 20. Februar 1929.

Friedrich Treude und Frau.

Arbeiter-Gesangverein Laasphe
Gewerkverein der Holzarbeiter Laasphe

Am **Samstag den 23. Februar, 8.15 Uhr abends** findet im Westfälischen Hof eine gemeinsame

Karnevalistische Familienfeier

unter Mitwirkung einer ganz hervorragenden **ungar. Zigeunerkapelle** statt, wozu sämtliche Mitglieder mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen werden.

Gäste und Freunde können eingeführt werden.

Die Vorstände.

Generalversammlung
des Landw. Ortsvereins Feudingen und Umgegend
Freitag den 22. Februar 1929, nachm. 2.30 Uhr
bei Ewald Heinrich, Feudingen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslage.
3. Wahlen.
4. Vortrag des Herrn Notar Meier, Laasphe, über: „Allgemeine Rechtsfragen in der Landwirtschaft".
5. Vortrag des Herrn Dr. Gramann, Erndtebrück: „Die Wirtschaftlichkeit in der Rindviehzucht".
6. Vortrag des Herrn Dr. Maas, Münster, über: „Düngung und Pflege der Wiesen und Weiden" (Grünlandwirtschaft mit Filmführung).
7. Verschiedenes.

Am **Donnerstag den 21. Februar, abends 8 Uhr** bei Autschbach, **Bermershausen** und **Samstag den 23. Februar** bei Schneider, **Rückershausen** ein Filmvortrag des Herrn Dr. Maas, Münster.

Alle Freunde und Gönner der Landwirtschaft werden zu diesen Versammlungen freundl. eingeladen.

Weber, Vorsitzender.

Radioanlagen? - W. Stähler!

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 21. Februar. 6.30: Morgengymnastik. Anschließend: Wetterbericht und Zeitangabe. 12.30: Schallplattenkonzert: Enrico Caruso. 15.05—15.35: Stunde der Jugend. 15.55—16.05: Hausfrauendienst. 16.25—18.25: Konzert des Rundfunkorchesters. 18.30—19.00: Von Kassel: „Das Grün und seine Beziehungen zum Dorf- und Stadtbild", Vortrag von Gartenbaudirektor Rud. Stier. 19—19.30: Stunde der Frankfurter Zeitung. 19.30: Von München: Konzert des Münchner Bach-Vereins. 21.15: Eine Stunde Walzer.

Radio-Anlagen
durch **H. Schröder, Laasphe, Kirchplatz 4, Tel. 111.**

Gefolgschaft Laasphe.

Donnerstag abend 1/2 9 Uhr **Bruderabend.**

Besprechung betr. Teilnahme am Abel-Vortrag in Siegen.

Das Wohnhaus
mit Ladenraum **Königstr. Nr. 25** in Laasphe ist sofort zu vermieten und ab **15. März 1929** beziehbar.

Näheres durch
A. Steinmetz,
Laasphe.

Frostschutzbriketts
für Wasserleitung, Spülabort, Automobil u. s. w. vorrätig bei
A. Steinmetz,
Laasphe.

Frisch eingetroffen!
Verkaufe **Donnerstag** und **Freitag:**
Schellfisch kopflos,
grüne Heringe,
Speisemöhren 10 Pfd. 1 M,
alle Sorten Gemüse zu bekannt billigem Preise.
Christian Klinkert,
Bahnhofstr. 69, Fernruf 79.

Für meinen kleinen, besseren Haushalt (ohne Kinder) suche ich für den 1. März ein zuverlässiges, tüchtiges, evg.

Mädchen

gegen guten Lohn.
Frau
Fabrikant Heinr. Paß,
Weidenau/Sieg.

Kirchlicher Anzeiger
Evang. Gottesdienst in Laasphe.

2. Passionsgottesdienst.
Mittwoch den 20. Februar, abds. 8 Uhr in der Kirchschule.